

II-1062 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 57413

1980 -05- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten Elisabeth SCHMIDT
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend den Schutz der Zivilbevölkerung in Katastrophen-
fällen

Der Bundesminister für Landesverteidigung hat die an ihn gerichtete parlamentarische Anfrage vom 11.2.1980 (328/J), ob und welche Vorarbeiten für die Anpassung des Sanitätskonzeptes an die gegenwärtige Struktur des österreichischen Bundesheeres geleistet wurden, am 24.3.1980 dahin beantwortet (330/AB), daß seit 1978 umfangreiche Vorarbeiten geleistet wurden und laufend ressortinterne Arbeitsgespräche sowie Kontaktaufnahmen im Rahmen des Arbeitsausschusses "Z"/ULV, Arbeitskreis VI "Gesundheit", mit dem Ziel stattfinden, die Grundlagen der Sanitätsversorgung mit den Erfordernissen der Raumverteidigung sowie mit den Bedürfnissen, die sich aus der umfassenden Landesverteidigung ergeben, in Einklang zu bringen.

Wie den Tageszeitungen (z.B. "Die Presse", "Kurier") vom 8.5.1980 zu entnehmen ist, kritisierte Dr. Richard Piaty, Präsident der Österreichischen Ärztkammer, im Zusammenhang mit den erforderlichen Vorkehrungen auf dem Gebiete der zivilen Landesverteidigung, daß diesbezüglich schwerwiegende Versäumnisse unterlaufen seien und für die Zivilbevölkerung

im Katastrophenfall keine ausreichende Vorsorge bestehe. Hierbei führte Dr. Piaty insbesondere ins Treffen, daß - anders als beispielsweise in der Schweiz - für die Zivilbevölkerung zu wenig Schutzräume zur Verfügung stehen und die medizinische Betreuung der Zivilbevölkerung im Ernstfall nicht gewährleistet sei, zumal weder die Krankenhäuser entsprechend eingerichtet, noch die erforderlichen Depots an Medikamenten, Verbandmaterial etc. angelegt seien.

Aus den Ausführungen Dr. Piatys geht demnach hervor, daß - anders als im Bereiche der militärischen Landesverteidigung - noch kein umfassendes Konzept für den Zivilschutz, insbesondere in Ansehung der Unterbringung der Zivilbevölkerung in Schutzräumen und ihrer medizinischen Versorgung besteht.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Wann ist mit der Erstellung eines umfassenden Konzeptes für den Schutz der Zivilbevölkerung in Katastrophenfällen zu rechnen?
- 2) Wurden bereits Vorarbeiten zur Erstellung eines solchen Konzeptes geleistet?
- 3) Wenn ja: Welche?
- 4) Besteht eine koordinierte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik im Zusammenhang mit der Erstellung eines Konzeptes zum Bau bzw. Ausbau von Schutzräumen für die Zivilbevölkerung?
- 5) Besteht eine koordinierte Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Zusammenhang mit der Erstellung eines Konzeptes für die medizinische Versorgung der Zivilbevölkerung in Katastrophenfällen?